

INFLATION AKTUELL

Die Inflationsanalyse der OeNB



Vor dem Hintergrund des Preisstabilitätsziels des Eurosystems analysiert *Inflation aktuell* vierteljährlich die Inflationsentwicklung in Österreich und enthält zusätzlich eine Inflationsprognose sowie zumindest ein aktuelles Schwerpunktthema.

**Medieninhaberin und
Herausgeberin** Oesterreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Postfach 61, 1011 Wien
www.oenb.at
oenb.info@oenb.at
Tel. (+43-1) 40420-6666
Fax (+43-1) 40420-04-6698

Schriftleitung Gerhard Fenz

Inhaltliche Gestaltung Friedrich Fritzer, Mirjam Salish

Redaktion Joanna Czurda

© Oesterreichische Nationalbank, 2022.

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Im Sinne der besseren Lesbarkeit wird teilweise auf geschlechtergerechte Formulierungen verzichtet. An ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter.

Überblick

Energie treibt HVPI-Inflationsrate im September 2022 auf 11 %

Die österreichische HVPI-Inflationsrate setzte ihren Anstieg auch zu Beginn des Herbstes weiter fort und erreichte im September 2022 laut Schnellschätzung von Statistik Austria 11 %. Damit liegt die aktuelle Inflationsrate sogar etwas über dem Niveau, das während des ersten Ölpreisschocks in den 1970er Jahren verzeichnet wurde. Der Anstieg der Teuerungsrate von Mai 2022 bis August 2022 ist in erster Linie auf die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise inklusive Alkohol und Tabak sowie auf die Preise für Haushaltsenergie zurückzuführen; die Detaildaten für September 2022 liegen noch nicht vor. Während sich der Rohölpreis etwas entspannte, legten die Großhandelspreise für Gas und Elektrizität aufgrund der Angebotsengpässe und Lieferunsicherheiten am Gasmarkt weiter zu. Die steigenden Energiepreise erhöhten auch die Produktionskosten in der Landwirtschaft, in der Industrie sowie im Dienstleistungssektor und tragen zusammen mit Materialengpässen und Arbeitskräftemangel weiterhin zum Preisdruck bei. Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflation lag im August 2022 bei 5,4 % und damit um 0,7 Prozentpunkte höher als im Mai. Für den Anstieg der Kerninflationsrate waren vor allem die Preisentwicklungen bei Restaurantdienstleistungen und Mieten, aber auch die Preissteigerungen bei langlebigen Konsumgütern wie Möbel oder Haushaltsgroßgeräte verantwortlich.

HVPI-Inflationsrate erreicht im Jahr 2022 8,5 %

Laut aktueller Inflationsprognose der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) wird die HVPI-Inflationsrate in Österreich im Jahr 2022 auf 8,5 % ansteigen, gefolgt von Rückgängen auf 6,4 % im Jahr 2023 und 3,7 % im Jahr 2024. Gegenüber der Prognose vom Juni 2022 wurde die Projektion für den gesamten Prognosehorizont vor allem wegen höherer Energiepreise und der höheren erwarteten Lohnkosten nach oben revidiert. Letzteres wird sich insbesondere auf den Dienstleistungssektor auswirken. Die Großhandelspreise auf den Gas- und Elektrizitätsmärkten haben sich äußerst dynamisch entwickelt. Der daraus entstehende Preisschub bei den Endverbraucherpreisen für Energie wird durch das Stromkostenzuschussgesetz, das voraussichtlich mit Dezember 2022 in Kraft treten wird, und weiterer fiskalpolitischer Maßnahmen markant gedämpft. Bei Agrarrohstoffen hat sich die Preisentwicklung auf den Terminmärkten zuletzt entspannt. Insgesamt werden sich die Produktionskosten für Lebensmittel aber aufgrund der weiterhin hohen agrarischen und energetischen Rohstoffpreise nur langsam verringern. Die Inflationsrate für Nahrungsmittel wird in diesem Jahr auf 8,5 % ansteigen und im nächsten Jahr auf 6,4 % zurückgehen. Nur langsam ausklingende Angebotsengpässe sowie die dynamische Entwicklung bei den industriellen Erzeugerpreisen sorgen bei Industriegütern ohne Energie für einen anhaltenden Preisdruck. In den Jahren 2023 und 2024 führen sinkende Inflationsraten für Energie, Basiseffekte und das Auflösen der angebotsseitigen Verknappungen zu einem Rückgang der HVPI-Inflationsrate. Die Kerninflation erreicht 2022 4,8 % und steigt aufgrund der Lohnentwicklung sowie indirekter Effekte der Energiepreise im Jahr 2023 auf 5,3 % an. Erst 2024 sinkt die Kerninflationsrate auf 3,6 %, bleibt damit aber weiter deutlich über ihrem langfristigen Durchschnitt.

Leichte Entspannung bei Öl- und Großhandelspreisen, jedoch weiter steigender Preisdruck bei Erzeuger- und Importpreisen

Die Preise für Rohöl stiegen nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine zunächst deutlich an, fielen jedoch im Laufe des Sommers wieder und beliefen sich im September 2022 auf 91 EUR pro Barrel Brent Crude. Vor Kriegsbeginn im Februar 2022 lag der Preis bei 82,7 EUR pro Barrel. Ebenso zeichnete sich bei der Entwicklung der Großhandelspreise eine leichte Entspannung ab, da sich die Dynamik seit Juni 2022 etwas verlangsamte. Die Inflationsrate der Erzeugerpreise stieg jedoch genauso wie jene der Importpreise zuletzt weiter an und lag im August 2022 bei 30,4 %. Vor allem die Energiepreise erhielten den Preisdruck bei den Erzeugerpreisen aufrecht. Gleichzeitig wertete der Euro weiter ab.

Auslastung in der Konsumgüterindustrie bleibt vor allem bei langlebigen Konsumgütern hoch

In der Konsumgüterindustrie ging die Produktionsauslastung im dritten Quartal 2022 leicht zurück, wofür kurzlebige Konsumgüter verantwortlich waren. Bei der Produktion langlebiger Konsumgüter stieg die Auslastung moderat an. Insgesamt blieb die Produktionsauslastung damit weiterhin überdurchschnittlich hoch. Laut WIFO-Konjunkturtest stellen sowohl Material- als auch Arbeitskräftemangel nach wie vor wesentliche, limitierende Faktoren für die Produktionstätigkeit vieler Unternehmen dar.

Prognoseinstitute revidieren Inflationserwartungen weiter nach oben

Trotz der weiter gestiegenen HVPI-Inflationsrate blieben die von der Europäischen Kommission erhobenen Inflationserwartungen der österreichischen Konsumentinnen und Konsumenten für die nächsten zwölf Monate auch im Sommer 2022 unter dem im März 2022 erreichten bisherigen Höchstwert seit Bestehen der Europäischen Währungsunion. Die von Consensus Economics erhobenen Inflationserwartungen der Prognoseinstitute stiegen hingegen weiter an und liegen derzeit bei 7,4 % für 2022 und bei 3,7 % für 2023. Mit diesen Werten bleiben die Inflationserwartungen jedoch weiterhin deutlich unter jenen der aktuellen Inflationsprognose der OeNB.

Österreichs Maßnahmen zur Abfederung der Inflation: Transferzahlungen an Haushalte, keine Steuerkürzungen für Treibstoffe

Mittlerweile ergreifen alle Regierungen des Euroraums eine Vielzahl von Maßnahmen, um die derzeit außergewöhnlich hohe Inflation zu bekämpfen. Zwei Zielsetzungen sind damit verbunden: Zum einen sollen die hohen Inflationsraten reduziert werden und zum anderen sollen die Maßnahmen die negativen Auswirkungen der Preissteigerungen auf Haushalte und Unternehmen abfedern. Bisher waren in den Euroraum-Mitgliedstaaten die steuerlichen Maßnahmen am wichtigsten; die Energiesteuern und die Mehrwertsteuer auf Energie wurden in fast allen Mitgliedstaaten vorübergehend gesenkt. Preisdeckel auf Energiepreise – wie etwa die österreichische Strompreisbremse – gibt es nur in einigen Mitgliedstaaten. Vulnerable Haushalte wurden zusätzlich meist mittels zielgerichteter Transfers unterstützt. Österreich setzt stark auf Transferzahlungen an Haushalte und relativ wenig auf Senkungen von Energiesteuern. Insbesondere bei Treibstoffen wurden weder die Steuern gesenkt noch wurde direkt subventioniert. Im Oktober wurden EU-weite Notfallmaßnahmen als Reaktion auf die hohen Energiepreise verabschiedet, die neben Energiesparmaßnahmen die Abschöpfung übermäßiger Gewinne von Energieproduzenten vorsehen.

Inflation aktuell – die Inflationsanalyse der OeNB

Friedrich Fritzer¹, Mirjam Salish²

Überblick	2
1 Inflationanstieg setzte sich im dritten Quartal 2022 unvermindert fort	5
2 Europäische Energiekrise treibt Inflation 2022 auf 8,5 %	7
Kasten I: Maßnahmen zur Abfederung der hohen Inflation im Euroraum	12
3 Grafikanhang: Erklärungsfaktoren für die aktuelle Preisentwicklung	16

Redaktionsschluss: 10. Oktober 2022

¹ Oesterreichische Nationalbank, Referat Konjunktur, friedrich.fritzer@oenb.at.

² Oesterreichische Nationalbank, Referat Geldpolitik, mirjam.salish@oenb.at.

I Inflationsanstieg setzte sich im dritten Quartal 2022 unvermindert fort

Die österreichische HVPI³-Inflationsrate setzte ihren Höhenflug auch zu Beginn des Herbstes weiter fort und betrug im September 2022 laut Schnellschätzung von Statistik Austria 11 %. Damit liegt die derzeitige Inflationsrate sogar etwas über dem Niveau, das während des ersten Ölpreisschocks in den 1970er Jahren verzeichnet wurde. Für das dritte Quartal 2022 ergibt dies eine durchschnittliche Inflationsrate von 9,9 %. Der Anstieg der Teuerungsrate von 7,7 % im Mai 2022 – dem letzten Beobachtungswert, der im Rahmen der OeNB-Prognose im Juni vorlag – auf 9,2 % im August 2022⁴ wurde zu etwas mehr als einem Drittel von Nahrungsmitteln inklusive Alkohol und Tabak getrieben. Etwas weniger als ein Drittel des Inflationsanstiegs ist auf Energie zurückzuführen und in etwa ein Viertel auf die Dienstleistungspreise. Industriegüter ohne Energie trugen deutlich weniger zum Inflationsanstieg in den letzten Monaten bei. Die *ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflation* lag im August 2022 bei 5,4 % und damit um 0,7 Prozentpunkte höher als im Mai 2022. Für den Anstieg der Kerninflationsrate waren vor allem die Preisentwicklung bei Restaurants und Mieten, aber auch jene bei langlebigen Konsumgütern verantwortlich.

Der Anstieg der Dienstleistungspreise lag im August 2022 bei 5,0 % (Mai 2022: 4,1 %) und erreichte damit den höchsten Wert seit Bestehen der Währungsunion 1999. Die Preisanstiege im Dienstleistungssektor wurden zuletzt vor allem von Restaurants und Mietzahlungen getrieben. Bei Restaurants und Cafés erreichte die Teuerungsrate im August 2022 mit 9,7 % ebenfalls einen neuen Höchstwert seit Bestehen der Währungsunion, während die Inflationsrate für Beherbergungsdienstleistungen (10,4 %) nur wenig unter dem bisherigen Spitzenwert von 11,9 % im Mai 2022 blieb. Besonders hoch waren zuletzt auch die Inflationsraten für Flugtickets. Die Inflationsrate bei Wohnungsmieten belief sich im August 2022 auf 1,8 %, nachdem sie in den ersten fünf Monaten dieses Jahres noch negativ war. Dies ist darauf zurückzuführen, dass im April 2022 die Richt- und Kategoriemieten angehoben wurden. Generell dürften viele Dienstleistungsunternehmen aufgrund der starken Nachfrage in der Lage sein, die Kostensteigerungen – infolge der gestiegenen Energie- und Nahrungsmittelpreise – an die Konsumentinnen und Konsumenten weiterzugeben.

Die Inflationsrate von Industriegütern ohne Energie setzte ihre dynamische Entwicklung ebenfalls fort und belief sich im August 2022 auf 6,1 %. Damit lag sie deutlich über dem langfristigen Durchschnitt seit 2001 (1 %). Zum größten Teil war die Preisentwicklung für langlebige Konsumgüter, wie Haushaltsgeräte, Kraftfahrzeuge, Möbel und Einrichtungsgegenstände, für die Inflationsdynamik in diesem Sektor verantwortlich. Gebrauchtwagen waren im August 2022 um beinahe 25 % teurer als ein Jahr zuvor. Der weltweite Chipmangel und die damit einhergehenden Lieferschwierigkeiten bei Neuwagen dürften die Nachfrage nach Gebrauchtautos angekurbelt haben. Preisanstiege bei energetischen und nicht energetischen Rohstoffen sowie Angebotsengpässe aufgrund des Ukraine-Kriegs führten dazu, dass der Preisdruck ebenso auf den vorgelagerten Stufen aufrecht blieb. Auch die Inflationsrate der Erzeugerpreise beschleunigte sich weiter und lag mit 30,4 % im August über dem bisherigen Spitzenwert vom April 2022 (28,6 %). Material- und Ausrüstungsengpässe in der österreichischen Konsumgüterindustrie haben sich zuletzt zwar zurückgebildet, bleiben aber für rund 1/5 der Unternehmen das größte

³ Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

⁴ Detaildaten für den HVPI im September 2022 werden erst am 19. Oktober 2022 publiziert.

Produktionshemmnis. Im dritten Quartal 2022 gaben laut Umfrageergebnissen der Europäischen Kommission beinahe die Hälfte der befragten österreichischen Unternehmen in der Konsumgüterindustrie an, dass Material- und Ausrüstungsengpässe sowie Arbeitskräftemangel die Produktion gehemmt hatten. Der Anteil der Unternehmen, der in den nächsten drei Monaten mit steigenden Verkaufspreisen rechnet, ging im August 2022 ebenfalls ein wenig zurück.

Die Inflationsrate von Energie war im August 2022 mit 40,2 % nach wie vor sehr hoch, lag jedoch deutlich unter der Inflationsrate vom Juli 2022 (47 %). Der Rückgang im August ist auf den Rückgang der Treibstoffpreise zurückzuführen, während die Verbraucherpreise für Gas, Heizöl und Strom weiterhin auf hohem Niveau blieben bzw. weiter anstiegen. Sowohl die Großhandelspreise für Gas als auch von Elektrizität sind zuletzt weiter gestiegen, was teilweise auch auf die Erwartungen von Angebotsengpässen bei Gas zurückzuführen ist. Treibstoffe waren im August 2022 um 43,7 % teurer als ein Jahr zuvor. Der Preis für Heizöl lag zuletzt sogar um 107 % über dem Preis vom August 2021. Etwas abgefedert wurde die Energiepreis-inflation durch das Inkrafttreten des Energiepakets, das eine weitgehende Reduktion der Elektrizitäts- und Erdgasabgabe ab Mai 2022 beinhaltet. Im September 2022 erhöhten einige Energieversorger wie die EVN und Wien Energie ihre Preise deutlich.

Die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel (einschließlich Alkohol und Tabak) stiegen im August 2022 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 11 % an (Mai 2022: 7,7 %). Dies ist ebenfalls ein Rekordwert seit Bestehen der Währungsunion. Seit Mai 2022 erhöhten sich vor allem die Preise für Fleisch, Milch, Eier und Käse sowie Öle und Fette deutlich. Dies lag zum einen an der kräftigen Verteuerung der agrarischen Rohstoffpreise. Der russische Angriffskrieg führte neben steigenden Energiepreisen auch zu einer deutlichen Zunahme der globalen Nahrungsmittelpreise. So lag der Preis für Nahrungsmittelrohstoffe im August 2022 um rund 31 % über dem Wert vom August 2021. Zum anderen verteuerten die hohen Energiepreise die landwirtschaftliche Produktion aufgrund höherer Transport- und Inputkosten (Treibstoffe waren im August 2022 um 43,7 % und Düngemittel um 60,5 % teurer als ein Jahr zuvor).

2 Europäische Energiekrise treibt Inflation 2022 auf 8,5 %⁵

Der im Februar 2022 ausgebrochene Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die Preise für energetische und nicht energetische Rohstoffe markant verteuert. Auch das Vertrauen der Konsumentinnen und Konsumenten sowie der Unternehmen wurde geschwächt. Die aktuelle Prognose geht davon aus, dass Energieträger nicht rationiert werden müssen. Zudem sollten sich die weltweiten Angebotsengpässe bis Ende 2023 auflösen. Die Risiken der Inflationsprognose sind überwiegend aufwärtsgerichtet. Insbesondere eine Intensivierung des Ukraine-Kriegs sowie mögliche Einschränkungen der Energielieferungen bis hin zu einem gänzlichen Gaslieferstopp Russlands sind die größten Risikofaktoren.

Die OeNB erwartet in ihrer aktuellen Inflationsprognose einen Anstieg der HVPI-Inflationsrate im Jahr 2022 auf 8,5 %, gefolgt von einem Rückgang auf 6,4 % im Jahr 2023 und 3,7 % im Jahr 2024 (Grafik 1 und Tabelle 2). Damit wurde die Teuerungsrate gegenüber der Prognose vom Juni 2022 über den gesamten Prognosehorizont nach oben revidiert: 2022 um 0,9 Prozentpunkte, 2023 um 1,4 Prozentpunkte und 2024 um 0,5 Prozentpunkte. Im Jahr 2022 führt das Anziehen der Rohstoffpreise für Energie zur Aufwärtskorrektur der Projektion. In den Jahren 2023 und 2024 sollten vor allem die zu erwartenden höheren Lohnabschlüsse zu einer Kerninflationsrate führen, die deutlich über der letzten Projektion liegen wird. Auch die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar seit Jahresbeginn um mehr als 15 % wird die Inflation im Prognosezeitraum in Summe um mehr als 1 Prozentpunkt erhöhen. Inflationsdämpfend wirkt das von der Regierung vorgestellte und derzeit in Begutachtung befindliche Stromkostenzuschussgesetz für Haushaltkundinnen und -kunden. Diese sogenannte „Strompreisbremse“ sieht eine Subventionierung des Verbraucherpreises für Elektrizität von Dezember 2022 bis Juni 2024 vor und sollte die HVPI-Jahresinflationsrate in diesem Zeitraum markant dämpfen. In der zweiten Jahreshälfte 2024 wird die Strompreisbremse allerdings zu einem inflationstreibenden Effekt führen. Die Auswirkungen auf die HVPI-Inflation dürften rund –0,1 Prozentpunkte im Jahr 2022, –0,9 Prozentpunkte im Jahr 2023 sowie +0,3 Prozentpunkte im Jahr 2024 betragen.

Der militärische Konflikt in der Ukraine hat die Weltmarktpreise für Agrarrohstoffe deutlich in die Höhe getrieben, sodass 2022 und auch 2023 weit überdurchschnittliche Inflationsraten bei Nahrungsmitteln zu erwarten sind. Bei Industriegütern ohne Energie ist mit anhaltendem Preisdruck zu rechnen, da die Verteuerung der Erzeugerpreise in der verarbeitenden Industrie ungebrochen anhält. Die Preiserhöhungen bei Dienstleistungen werden durch die steigende Nachfrage und indirekte Effekte der Energiepreis- sowie Nahrungsmittelpreisentwicklung angetrieben. Zudem werden Preissteigerungen bei Mieten die Inflationsrate im Dienstleistungssektor anheben. Die erwartete Konjunkturertrübung aufgrund des Ukraine-Kriegs und der Unsicherheit im Hinblick auf Angebotsengpässe bei Gas wird den Inflationsdruck in den Jahren 2022 und 2023 bei Weitem nicht ausgleichen. Die *ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflation* steigt 2022 auf 4,8 % und liegt 2023 mit 5,3 % sogar noch darüber. Ausschlaggebend dafür sind die aufgrund der Inflationsentwicklung hohen Lohnabschlüsse sowie indirekte Effekte der Energiepreisentwicklung auf die Teuerung von Dienstleistungen und

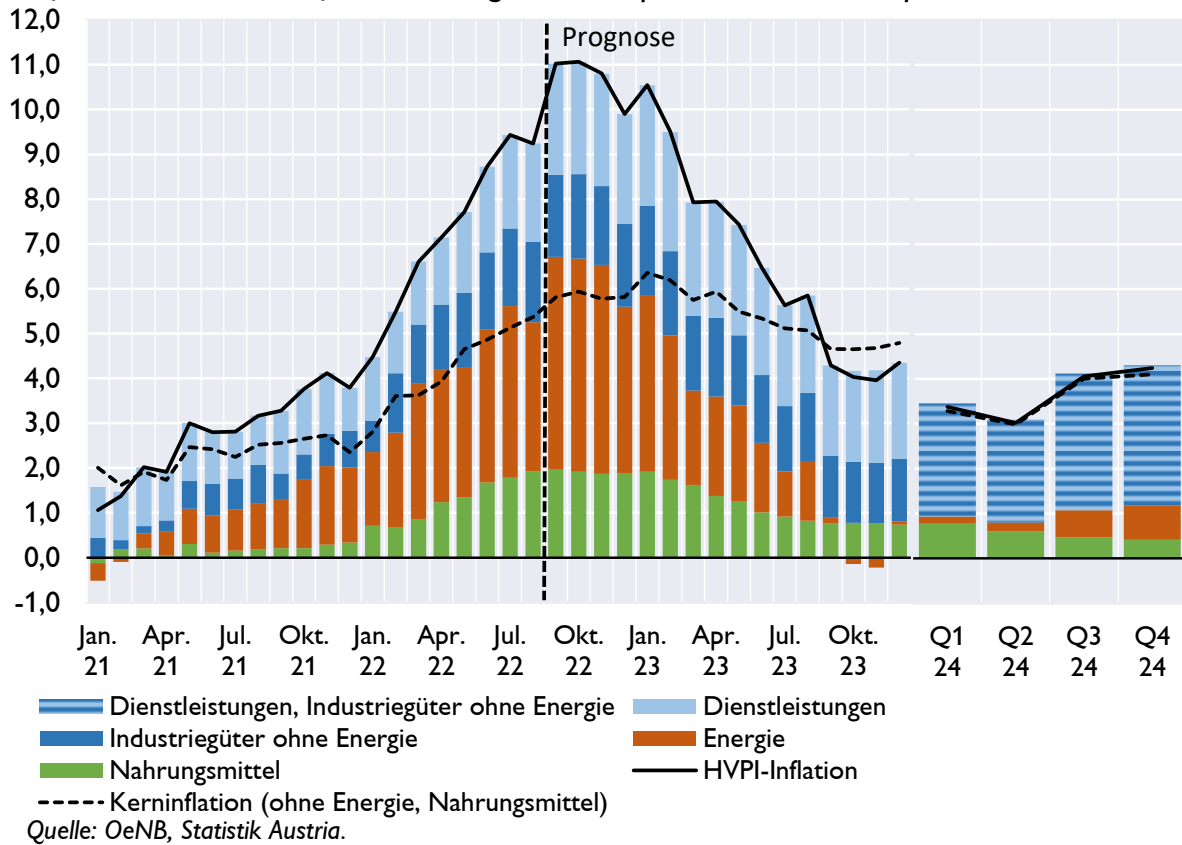
⁵ Im Hinblick auf aktuelle Konjunkturindikatoren siehe „Austrian economy to slow down after strong first half“ von Fritzer et al. im erscheinenden [Monetary Policy & the Economy Q3/22](#).

Industriegütern ohne Energie. Auch 2024 liegt die Kerninflationsrate mit 3,6 % noch deutlich über dem langfristigen Durchschnitt.⁶

Grafik I

Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation

Inflationsraten in %; Inflationsbeiträge der Komponenten in Prozentpunkten



⁶ Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflationsrate lag in den Jahren 1999 bis 2019 bei durchschnittlich 1,7 %.

Annahmen der OeNB-Inflationsprognose vom September 2022

	Annahmen September 2022				Revisionen gegenüber Juni 2022		
	2021	2022	2023	2024	2022	2023	2024
Energie und Wechselkurse					<i>in %</i>		
Erdölpreis (EUR/Barrel Brent)	60.1	93.6	79.7	74.2	-5.6	-15.2	-12.2
Großhandelspreis Gas (EUR/MWh)	46.6	167.8	235.3	165.4	67.2	194.1	165.1
Großhandelspreis Elektrizität (EUR/MWh)	111.8	392.8	557.1	338.6	57.2	134.6	94.6
USD-EUR-Wechselkurs	1.2	1.1	1.0	1.0	-1.9	-4.0	-4.0
Nicht energetische Rohstoffpreise	<i>Index 2005 = 100</i>				<i>in %</i>		
Gesamt	198.8	213.0	192.1	189.7	-6.3	-11.2	-6.4
<i>davon Weltmarktpreise für Nahrungsmittel</i>	207.0	244.5	224.2	213.8	-6.7	-11.1	-6.4
<i>davon Weltmarktpreise für metallische Rohstoffe</i>	198.1	189.5	167.4	167.8	-8.0	-15.6	-13.9
EU-Erzeugerpreise für Nahrungsmittel	126.3	173.7	174.9	171.9	-2.7	-4.9	-3.7

Quelle: Eurosystem.

Tabelle 1 zeigt die wichtigsten externen Annahmen für die OeNB-Inflationsprognose vom September 2022 in Bezug auf Rohstoffpreise und Wechselkurse. Gegenüber der Prognose vom Juni 2022 wurden die nicht energetischen Rohstoffpreise wie auch die Rohölpreise nach unten revidiert. Aufgrund der Zuspitzung der europäischen Energiekrise in den letzten Monaten wurden die Elektrizitäts- und Gasgroßhandelspreise entsprechend den Terminnotierungen markant aufwärts revidiert. Der Euro-Wechselkurs ist gegenüber dem US-Dollar seit der Juni-Prognose schwächer geworden.

2.1 Kerninflation beschleunigt sich 2023 trotz Wirtschaftsabschwächung

Laut den gegenwärtigen Annahmen erreichten die Terminnotierungen für Rohöl im Juni 2022 ihren Höhepunkt und werden sich bis Ende 2024 zurückbilden.⁷ Auch die Terminnotierungen der Großhandelspreise für Gas und Elektrizität werden sich ab dem zweiten Quartal 2023 abschwächen, aber weit über ihren langfristigen Durchschnitts bleiben. 2022 sollte die *Jahresinflation von Energie* 42,1 % betragen und in den Jahren 2023 und 2024 auf 14,2 % bzw. 5,0 % zurückgehen (Tabelle 2). Fiskalpolitische Maßnahmen dürften die HVPI-Inflationsrate im Jahr 2022 um rund 0,3 Prozentpunkte sowie im Jahr 2023 um 0,6 Prozentpunkte dämpfen, 2024 aber einen inflationssteigernden Effekt von etwa 0,6 Prozentpunkten haben. Die Maßnahmen umfassen die Senkung der Elektrizitäts- und Gasabgabe von Mai 2022 bis Mitte des Jahres 2023, die Aussetzung der Erneuerbaren-Förderpauschale und des Erneuerbaren-Förderbeitrags in den Jahren 2022 und 2023, die Anhebung der CO₂-Bepreisung in mehreren Stufen (Oktober 2022, Jänner 2023 und Jänner 2024) sowie das Stromkostenzuschussgesetz, das im Oktober 2022

⁷ Die Ölpreisannahmen wurden vor dem Beschluss der OPEC+, die Ölförderung ab November 2022 zu drosseln, festgelegt. OPEC+ umfasst die Organisation erdölexportierender Länder + Russland, Kasachstan, Mexiko und Oman.

beschlossen werden soll.⁸ Letzteres beinhaltet eine Subventionierung des Elektrizitätspreises für Haushaltskundinnen und -kunden und sollte unter den genannten Maßnahmen die größten inflationsdämpfenden Effekte aufweisen.⁹

Tabelle 2

OeNB-Inflationsprognose vom September 2022

	Prognose				Revisionen gegenüber Juni 2022		
	2021	2022	2023	2024	2022	2023	2024
	Veränderung zum Vorjahr in %				in Prozentpunkten		
HVPI-Inflation	2,8	8,5	6,4	3,7	0,9	1,4	0,5
Nahrungsmittel insgesamt	1,1	8,5	6,4	3,2	0,5	0,2	0,5
davon unverarbeitete Nahrungsmittel	2,2	9,4	4,2	x	0,9	x	x
davon verarbeitete Nahrungsmittel	0,8	8,3	7,0	x	0,4	x	x
Industriegüter ohne Energie	1,9	5,2	5,1	x	0,3	x	x
Energie	10,8	42,1	14,2	5,0	4,9	9,3	3,8
Dienstleistungen	2,5	4,5	5,5	x	0,7	x	x
HVPI ohne Energie	2,1	5,5	5,5	3,5	0,6	0,6	0,2
HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel	2,3	4,8	5,3	3,6	0,6	0,7	0,1

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Die Inflationsrate von *Dienstleistungen* hat sich seit Jahresbeginn 2022 annähernd verdoppelt. In den nächsten Monaten wird mit keiner Abschwächung der Teuerung in diesem Sektor gerechnet. Die kurzfristigen Preiserwartungen der Dienstleistungsunternehmen liegen derzeit teilweise deutlich über ihrem langfristigen Durchschnitt. Die hohen Energiekosten dürften auch im Dienstleistungssektor zunehmend an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben werden. Im April 2022 wurden außerdem die Richtwert- und Kategoriemieten angehoben, was ebenfalls zur Aufwärtsentwicklung der Dienstleistungsinflation beitragen wird. Die Kategoriemieten wurden im Juni 2022 weiter erhöht; eine dritte Anhebung erfolgt im November 2022. Insgesamt dürften diese Mietzinserhöhungen die Dienstleistungsinflation 2022 um rund 0,2 Prozentpunkte sowie die HVPI-Inflationsrate um rund 0,1 Prozentpunkte anheben. Im Jahresdurchschnitt 2022 wird im Dienstleistungssektor mit einer Inflationsrate von 4,5 % gerechnet, die im Jahr 2023 vor allem aufgrund der hohen Lohnabschlüsse auf 5,5 % ansteigen dürfte.

Auch die Inflationsrate von *Industriegütern ohne Energie* erreichte zuletzt Höchststände. Ausschlaggebend dafür waren die Preissteigerungen auf den vorgelagerten Produktionsstufen sowie die hohen Energiekosten. Für 2022 wird im Industriegütersektor ohne Energie eine Jahresinflationsrate von 5,2 % erwartet. Auch in diesem Sektor wird in den nächsten Monaten

⁸ Die HVPI-Effekte der Maßnahmen für die Jahre 2022, 2023 und 2024 setzten sich wie folgt zusammen. Senkung der Elektrizitäts- und Gasabgabe: 2022 –0,14 Prozentpunkte, 2023 +0,03 Prozentpunkte und 2024 +0,07 Prozentpunkte. Aussetzung der Erneuerbaren-Förderpauschale und des Erneuerbaren-Förderbeitrags: 2022 –0,21 Prozentpunkte, 2023 +0,08 Prozentpunkte und 2024 +0,12 Prozentpunkte. Anhebung der CO₂-Bepreisung: 2022 +0,06 Prozentpunkte, 2023 +0,21 Prozentpunkte und 2024 +0,10 Prozentpunkte. Stromkostenzuschussgesetz: 2022 –0,07 Prozentpunkte, 2023 –0,95 Prozentpunkte und 2024 +0,31 Prozentpunkte.

⁹ Für eine genauere Beschreibung des Stromkostenzuschussgesetzes siehe Kasten 1.

mit einem weiteren Inflationsauftrieb gerechnet, der Anfang des Jahres 2023 seinen Höhepunkt erreichen wird. Trotz des Rückgangs der Teuerung im Laufe des Jahres 2023 bleibt die Inflationsrate mit 5,1 % im Jahresdurchschnitt 2023 weiterhin sehr hoch. Vor allem bei langlebigen Konsumgütern wie Fahrzeugen und Möbeln wird mit einem anhaltenden Preisdruck gerechnet. Der Krieg in der Ukraine verstärkt bereits bestehende Lieferengpässe bzw. wirkt einer schnelleren Entspannung entgegen. Unternehmen waren bisher aufgrund der weiterhin starken Nachfrage in der Lage, Kostensteigerungen schneller und in einem größeren Ausmaß an die Endverbraucherinnen und -verbraucher weiterzugeben. Die erwartete wirtschaftliche Eintrübung und die damit verbundene Nachfragedämpfung werden eine Kostenweitergabe in Zukunft jedoch erschweren und tragen zu dem erwarteten Rückgang der Inflationsrate von Industriegütern ohne Energie bei.

Bei *Nahrungsmitteln* (einschließlich Alkohol und Tabak) wird ein Anstieg der Teuerungsrate von 1,1 % im Jahr 2021 auf 8,5 % im Jahr 2022 erwartet. Auch 2023 wird noch mit einer überdurchschnittlichen Nahrungsmittelinflationsrate von 6,4 % gerechnet. 2024 sollte die Teuerung auf 3,2 % sinken, bleibt damit aber über dem langfristigen Durchschnitt. Verantwortlich für den Inflationsanstieg im Jahr 2022 und 2023 sind einerseits hohe Energiekosten, andererseits die anhaltend hohen Preise für globale Agrarrohstoffe. Zudem haben sich Düngemittel spürbar verteuert, da die chemische Industrie besonders stark von Erzeugerpreissteigerungen und Lieferengpässen betroffen ist. Die aufgrund des Ukraine-Kriegs zu erwartenden Angebotsausfälle bei Agrarrohstoffen sowie der heiße und trockene Sommer in Europa dürften die Erzeugerpreise für Nahrungsmittel und in der Folge auch die Verbraucherpreise weiter anheizen.

Maßnahmen zur Abfederung der hohen Inflation im Euroraum¹⁰

Die außerordentlich hohe Inflation im Euroraum hat in allen Mitgliedstaaten zu erheblichen, diskretionären politischen Maßnahmen geführt. Diese Maßnahmen wurden unter Berücksichtigung zweier Zielsetzungen ergriffen: zum einen um die hohen Inflationsraten zu bekämpfen, zum anderen um die negativen Auswirkungen der hohen Inflation auf Haushalte und Unternehmen abzufedern. Dieser Kasten gibt einen Überblick darüber, welche Maßnahmen von Regierungen im Euroraum gesetzt wurden. Zudem werden diese Maßnahmen jenen in Österreich gegenübergestellt. Hierbei zeigt sich, dass Österreich im internationalen Vergleich stark auf Transferzahlungen an Haushalte und relativ wenig auf Senkungen von Energiesteuern gesetzt hat; insbesondere im Bereich der Treibstoffe wurden weder die Steuern gesenkt noch wurde direkt subventioniert.¹¹

Das weite Spektrum von Maßnahmen und mögliche Zielkonflikte

Unter der großen Vielfalt an Maßnahmen geben Ökonominnen und Ökonomen gezielten und zeitlich begrenzten einkommenssteigernden Maßnahmen gegenüber jenen Maßnahmen, die Preise reduzieren, den Vorzug (z. B. IWF, 2022). Außerdem sollten staatliche Hilfen für gefährdete Haushalte und Unternehmen die Inflation nicht erhöhen. Daher sind die effektivsten Maßnahmen zur Kompensation von Inflation auf die schwächsten Gruppen ausgerichtet, einfach und schnell zu verwalten und zeitlich begrenzt, ohne dabei Preissignale zu verzerren. In der Praxis jedoch müssen alle Maßnahmen unter Abwägung von Inflationseffekten, Verteilungseffekten, budgetären Kosten, Verwaltbarkeit, regulatorischen Eingriffen, EU-Vorschriften und ökologischen Anzeifeffekten getroffen werden. Die Entscheidung für eine bestimmte Maßnahme bedeutet daher oft, zwischen verschiedenen Zielen abzuwägen.

Österreich beschloss umfangreiche fiskalische Maßnahmen

Die österreichische Bundesregierung beschloss in mehreren Schritten umfangreiche Maßnahmen im Kontext der hohen Inflation (Tabelle I KI). 2022 bestehen die Maßnahmen vor allem aus Einmalzahlungen an Haushalte (u. a. Klimabonus, Teuerungsbonus, Energiekostenausgleich, Zahlungen an vulnerable Gruppen und an Pensionistinnen und Pensionisten) und Unternehmen (Energiekostenzuschussgesetz). Hinzu kommt das Anlegen einer strategischen Gasreserve durch ein vom Bund finanziertes Special Purpose Vehicle sowie die temporäre Senkung einiger Energiesteuern. Im Jahr 2023 wird vor allem die Strompreisbremse wirken; zudem wird die Indexierung der Stufen und Absetzbeträge der Einkommensteuer sowie bestimmter Sozialleistungen (v. a. Familienleistungen) an die Inflation in Kraft treten. Österreich liegt bezüglich der budgetären Kosten der Maßnahmen 2022 und 2023 im europäischen Spitzenfeld: Sie belaufen sich auf jeweils ca. 2 % des BIP bzw. jeweils mehr als 8 Mrd EUR (Wert für 2022 ohne die strategische Gasreserve). Insgesamt führen die Maßnahmen dazu, dass das reale verfügbare Haushaltseinkommen 2022 trotz der hohen Inflation stagnieren statt zurückgehen wird.

¹⁰ Oesterreichische Nationalbank, Referat Konjunktur, doris.prammer@oenb.at, lukas.reiss@oenb.at.

¹¹ Eine ausführliche Darstellung ist in Prammer und Reiss (2022) zu finden.

Überblick über die Fiskalmaßnahmen in Österreich auf Bundesebene

	2022	2023	2024	2025	2026
	Volumen in Mrd. EUR				
Temporäre Maßnahmen zum Drücken der Energiepreise 2022–24	1,7	3,7	0,9	0,0	0,0
Temporäre Aussetzung der Erneuerbaren-Förderpauschale und des -Förderbeitrag	0,9	0,5			
Reduktion Elektrizitäts- und Erdgasabgabe auf EU-Mindestsätze (jeweils Reduktion um ca. 90%)	0,6	0,5	-0,2		
Verschiebung der CO ₂ -Steuer von 1. Juli 2022 auf 1. Okt. 2022	0,3				
Rückgang der Rückerstattung der CO ₂ -Steuer durch Verschiebung von Juli auf Okt.	-0,1				
Strompreisbremse		2,7	1,1		
Temporäre Transfers und Einkommensteuersenkungen für Haushalte 2022/23	5,2	1,7	0,1	0,0	0,0
Erhöhung Klimabonus auf 250 EUR (statt 100–200) zuzüglich Teuerungsbonus von 500 EUR	2,8				
Energiekostenausgleich von 150 EUR (Energiegutschein)	0,6				
Einmalzahlung Familienbeihilfe	0,3				
Vorziehen der Erhöhung von Familienbonus und Kindermehrbetrag	0,1	0,2			
Erhöhung Pendlerpauschale und Pendlereuro	0,1	0,2	0,1		
Einmalzahlungen für Bezieher:innen bestimmter Sozialleistungen (2x 300 EUR)	0,4				
Einmalige SV-Beitrags-Gutschrift für Selbstständige und Bauern	0,1				
Einmalzahlung für Pensionist:innen mit niedriger Pension	0,4				
Erhöhter (negativsteuerfähiger) Absetzbetrag für Arbeitnehmer:innen mit niedrigem Einkommen		1,0			
Abgabenbefreiung eines von Arbeitgeber:innen ausbezahlten „Inflationsbonus“	0,3	0,3			
Wohnschirm (Verhinderung von Delogierungen)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige temporäre Maßnahmen	5,6	0,5	0,2	0,2	0,1
Zuschüsse an Landwirtschaft	0,1	0,0	0,0		
Strompreiskompensation für Unternehmen („Strompreiskosten-Ausgleichsgesetz“)		0,2			
Direktzuschuss für besonders energieintensive Unternehmen („Unternehmens-Energiekostenzuschussgesetz“)	1,3				
Förderung für Betriebe zum Umstieg auf dekarbonisierte Antriebe	0,1	0,1			
Strategische Gasreserve	4,0				
Investitionsoffensive in Erneuerbare Energien und Speicher	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
Höhere Zuschüsse für öffentlichen Verkehr	0,2	0,2	0,2	0,2	
Energieberatung	0,0				
Permanente Maßnahmen ab 2023		2,3	4,5	6,2	7,4
Indexierung der Steuerstufen und best. Absetzbeträge bei der Einkommensteuer		1,5	3,2	4,6	5,6
Indexierung bestimmter Sozialleistungen an die vergangene Inflation (v. a. Familienleistungen)		0,4	0,8	1,1	1,3
Reduktion der Lohnnebenkosten um 0,3pp		0,5	0,5	0,5	0,5
Maßnahmen gesamt	12,5	8,3	5,7	6,4	7,5
	Volumen in % des BIP				
Maßnahmen gesamt	2,9	1,8	1,2	1,3	1,5

Quelle: Budgetdienst des Parlaments, BMF, BKA, Parlament, OeNB.

Österreichs Maßnahmen im Euroraum-Vergleich...

Wie aus Tabelle 2 KI hervorgeht, haben alle Euroraum-Mitgliedstaaten Maßnahmen ergriffen, um den (energiepreisbedingten) Inflationsanstieg einzudämmen sowie Haushalte und besonders einkommensschwache Gruppen zu schützen. Bislang waren steuerliche Maßnahmen am wichtigsten: Auf der Einnahmenseite wurden die Energiesteuern und die Mehrwertsteuer auf Energie in fast allen Mitgliedstaaten vorübergehend gesenkt. Die Länder, die die Steuern auf Energieerzeugnisse nicht senkten, gewährten (Treibstoff-)Subventionen oder Preisnachlässe für (benachteiligte) Haushalte und Unternehmen oder regulierten die Preise für Energie und Treibstoffe.

Tabelle 2 KI

Maßnahmen zur Bekämpfung der Auswirkungen der (energiepreisbedingten) Inflation

	Steuurmaßnahmen			Subventionen und Transfers			Regulatorische Maßnahmen	Unterstützung für erneuerbare Energie, öffentlichen Verkehr, Investitionen
	Senkung der Energiesteuern/ Mehrwertsteuern	Sondergewinnsteuern	Senkung der Einkommensteuer	generell	vulnerable Gruppen	Unternehmen		
Österreich	✓			✓	✓	✓	✓	✓
Belgien	✓					✓		✓
Kroatien	✓					✓	✓	✓
Zypern	✓					✓	✓	✓
Estland	✓				✓	✓	✓	✓
Finnland				✓		✓	✓	✓
Frankreich	✓					✓	✓	✓
Deutschland	✓			✓	✓	✓	✓	✓
Griechenland			✓		✓	✓	✓	✓
Irland	✓				✓	✓	✓	✓
Italien	✓		✓		✓	✓	✓	✓
Lettland	✓			✓		✓	✓	✓
Litauen	✓				✓	✓	✓	✓
Luxemburg	✓			✓		✓	✓	✓
Malta						✓	✓	✓
Niederlande	✓					✓	✓	✓
Portugal	✓				✓	✓	✓	✓
Spanien	✓		✓			✓	✓	✓
Slowakei						✓	✓	✓
Slowenien	✓					✓	✓	✓

Quelle: OeNB basierend auf Sgaravatti et al. (2022) und Informationen der Mitgliedstaaten.

Einkommensunabhängige Transfers für fast alle Haushalte gibt es außer in Österreich nur in wenigen Mitgliedstaaten. In Österreich sind die größten einkommensunabhängigen Transfers die Erhöhung des Klimabonus auf 250 EUR pro Person und die Ergänzung durch einen Anti-Teuerungsbonus von weiteren 250 EUR pro Person. Zusätzlich hat Österreich die Abschaffung der kalten Progression beschlossen, die ebenfalls allen Einkommensgruppen zugutekommt. Inwieweit Unterstützungsmaßnahmen auch einkommensstärkeren Haushalten zugutekommen sollten, ist eine Frage der politischen Präferenzen, des verfügbaren fiskalischen Spielraums, der makroökonomischen Stabilisierungsnotwendigkeit und auch der administrativen Umsetzung. Die Identifizierung gefährdeter Gruppen dürfte mit der derzeit vorhandenen Infrastruktur administrativ schwierig sein, weshalb eine zeitnahe Hilfe oft an eine größere Gruppe von Bezugsberechtigten gerichtet ist und daher oft auch mit hohen budgetären Kosten verbunden ist.

...beinhalten keine Steuerkürzungen für Treibstoffe...

Allgemeine Entlastungsmaßnahmen für alle Haushalte erfolgen in einigen Ländern eher in Form von breiten Steuersenkungen auf Energie und/oder durch Preisregulierungen. Im Gegensatz zu den meisten großen Volkswirtschaften des Euroraums (d. h. Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und den Niederlanden) hat Österreich weder die Steuern auf Treibstoffe reduziert noch diese direkt subventioniert. Die Energiesteuersenkungen konzentrierten sich auf Strom (Aussetzung der Ökostrompauschale, Reduktion der Energiesteuern), der im Allgemeinen ein weniger problematischer Energieträger ist. In Österreich ist die bedeutendste Maßnahme zur Senkung der Energiepreise die sogenannte Strompreisbremse. Mit der Strompreisbremse wird der Stromverbrauch von Haushalten bis zu 2.900 kWh/Jahr (von Dezember 2022 bis Juni 2024) subventioniert, und zwar in Höhe der Differenz des Marktpreises zu 0,1 EUR/kWh (mit einer Obergrenze von 0,3 EUR/kWh). Da die Stromunternehmen gleich den niedrigeren Preis verrechnen, sinkt die Inflation und die Haushalte werden entlastet. Allerdings bieten hohe Energiepreise einen Anreiz zum Energiesparen, was wiederum zur Erreichung der Umweltziele beiträgt. Daher sind Senkungen energiebezogener Steuern (d. h. Verbrauchssteuern und/oder Mehrwertsteuer auf Energieträger) oder Subventionen der Energiepreise in dieser Hinsicht kontraproduktiv. Eine direkte Subvention/Erstattung der Energiekosten wie bei der Strompreisbremse wurde z. B. in Zypern, Estland, den Niederlanden, Griechenland und Litauen eingeführt, und in Deutschland geplant, ist aber in einigen Fällen auf sozial schwache Gruppen beschränkt.

...umfassten bisher keine Sondergewinnsteuer...

Um die Maßnahmen zu finanzieren, führten einige Euroraum-Mitgliedstaaten Sondersteuern auf unerwartete Gewinne von Energieerzeugern ein. Italien hat sich für eine befristete Sondergewinnsteuer von 25 % für Energieunternehmen (Erdölproduzenten) entschieden, und Griechenland besteuert die unerwarteten Gewinne von Stromerzeugern mit 90 % (mit einigen Ausnahmen für Stromerzeuger, die ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energiequellen erzeugen). Im Gegensatz dazu besteuert Spanien nur Energieerzeuger, die kein Gas verwenden. Böheim et al. (2022) haben kürzlich abgeraten, unerwartete Gewinne in Österreich zu besteuern, weil sich die Energieerzeuger größtenteils in Staatseigentum befinden – und somit die Gewinne ohnehin abgeschöpft werden – und private Investorinnen und Investoren womöglich irritiert würden. Im Oktober 2022 traten EU-weite Notfallmaßnahmen als Reaktion auf die hohen Energiepreise in Kraft. Neben einer Senkung der Stromnachfrage um 10 % wurden zwei Maßnahmen zur Gewinnabschöpfung verabschiedet. Zum einen wurde eine befristete EU-Erlösbergrenze von 180 EUR/MWh für Strom von „inframarginalen“ Stromerzeugern eingeführt, was unter anderem Strom aus Kernenergie, Braunkohle und erneuerbarer Energie umfasst; darüberhinausgehende Erlöse müssen abgeführt werden. Zum anderen soll ein befristeter Solidaritätsbeitrag von 33 % auf der Grundlage der Gewinnüberschüsse im Vergleich zu den vergangenen vier Jahren aus Tätigkeiten im Bereich der fossilen Brennstoffe eingehoben werden. Diese Einnahmen sollen an Verbraucherinnen und Verbraucher verteilt und für grüne Investitionen verwendet werden, ohne jedoch Anreize zum Energiesparen zu unterminieren.

... und stützten sich nicht auf regulatorische Eingriffe

Die Energiepreise für Haushalte und Unternehmen können auf einem bestimmten Preisniveau gehalten werden, indem direkt in den Preisbildungsmechanismus der Märkte eingegriffen wird, z. B. durch Preisobergrenzen oder die Festlegung von Margen. Im Euroraum setzten Frankreich, Spanien, Portugal und die Slowakei Strompreislimits, Slowenien beschränkte die Gewinnmargen auf Treibstoffe. Diese regulatorischen Maßnahmen dämpfen kurzfristig die Inflation, könnten aber auch das Angebot verringern und sich negativ auf den Ruf des Landes als Wirtschaftsstandort auswirken. Wenn der betroffene Markt als dysfunktional wahrgenommen wird, wirken sich regulatorische Maßnahmen jedoch weniger rufschädigend aus. Darüber hinaus könnten Preisobergrenzen die Regierungen sogar dazu veranlassen, Energieerzeuger zu retten, die gezwungenermaßen ihre Produkte unter den Kosten verkaufen (wie in Frankreich).

Literatur

Amtsblatt der Europäischen Kommission. 2022. Verordnung (EU) 2022/1854 des Rates vom 6. Oktober 2022 über Notfallmaßnahmen als Reaktion auf die hohen Energiepreise.

Böheim, M., M. Peneder und M. Schratzenstaller. 2022. Besteuerung von Zufallsgewinnen. Konzeptionelle Überlegungen und Herausforderungen, europäische Initiativen und Implikationen für Österreich. WIFO Research Briefs 20/2022.

Prammer, D. und L. Reiss. 2022. Fighting (the effects of) inflation: government measures in Austria and the EU. Forthcoming in Monetary Policy & the Economy Q4/22–Q1/23.

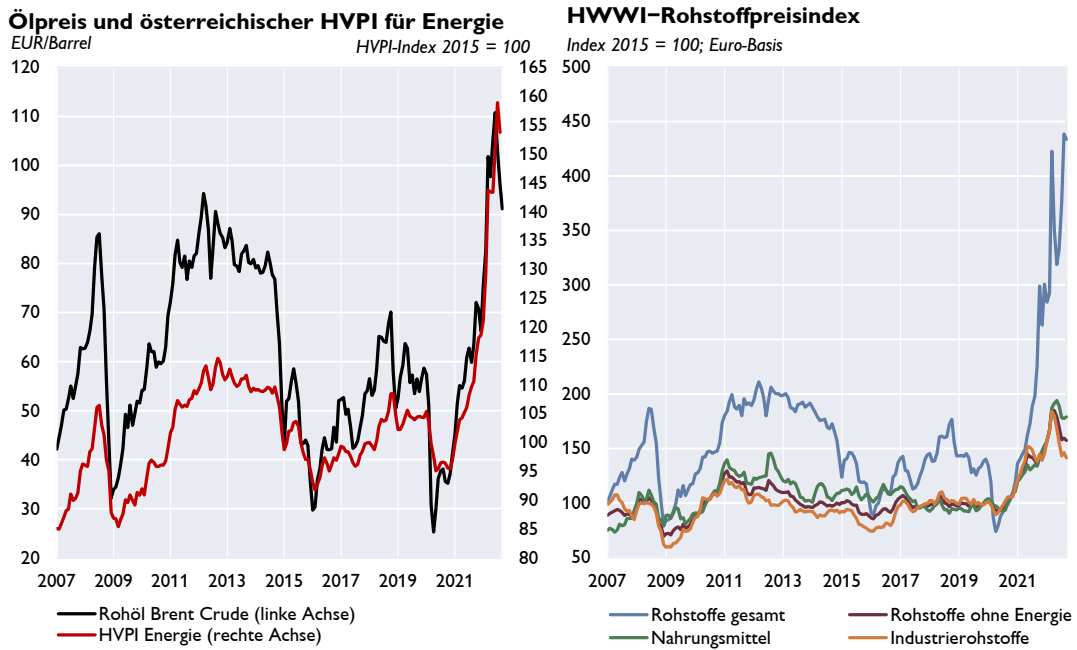
Sgaravatti, G., S. Tagliapietra und G. Zachmann. 2022. National policies to shield consumers from rising energy prices. <https://www.bruegel.org/dataset/national-policies-shield-consumers-rising-energy-prices>.

3 Grafikanhang: Erklärungsfaktoren für die aktuelle Preisentwicklung

3.1 Leichte Entspannung bei Ölpreisen, Industrierohstoffen und nicht energetischen Rohstoffen

Grafik A1

Rohstoffpreise

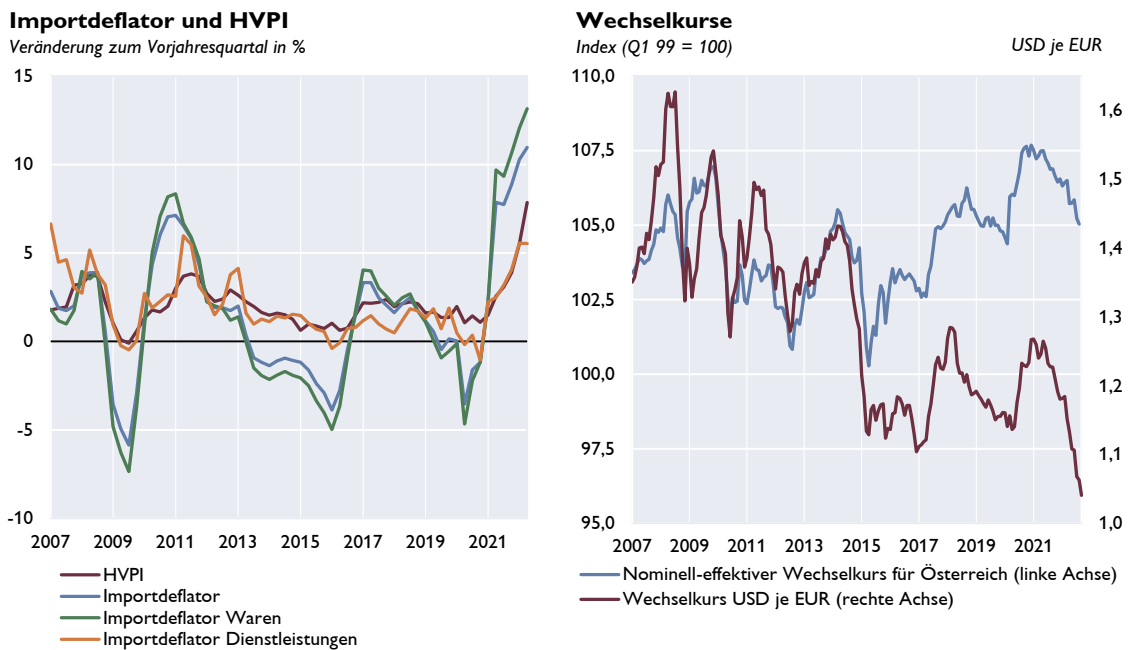


Quelle: Macrobond, Eurostat, HWWI.

3.2 Importpreise steigen weiter bei gleichzeitiger Abwertung des Euro

Grafik A2

Importpreise und Wechselkurse



Quelle: WIFO, Statistik Austria, Macrobond.

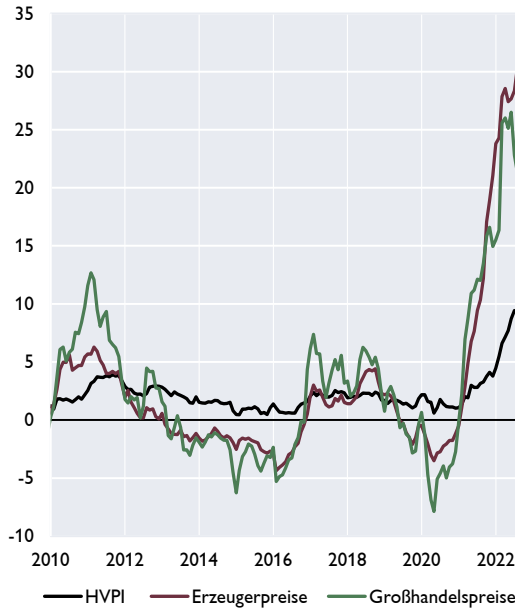
3.3 Anstieg der Großhandelspreise rückläufig, jedoch weitere Beschleunigung der Erzeugerpreise

Grafik A3

Indikatoren der vorgelagerten Preiskette

HVPI, Erzeugerpreise und Großhandelspreise

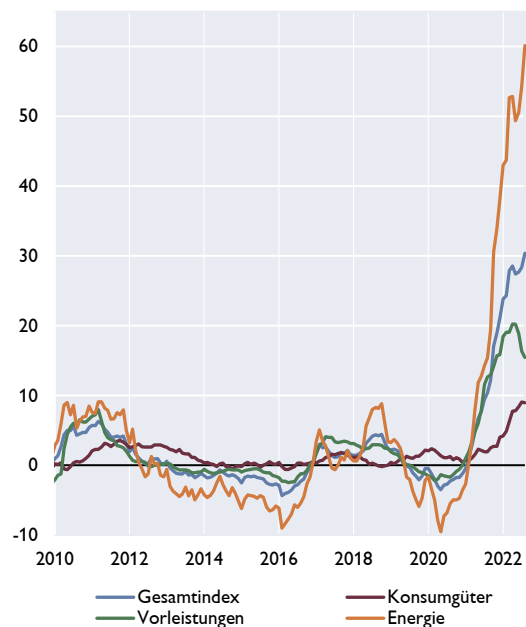
Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: Statistik Austria.

Erzeugerpreise Inlandsmarkt

Veränderung zum Vorjahr in %



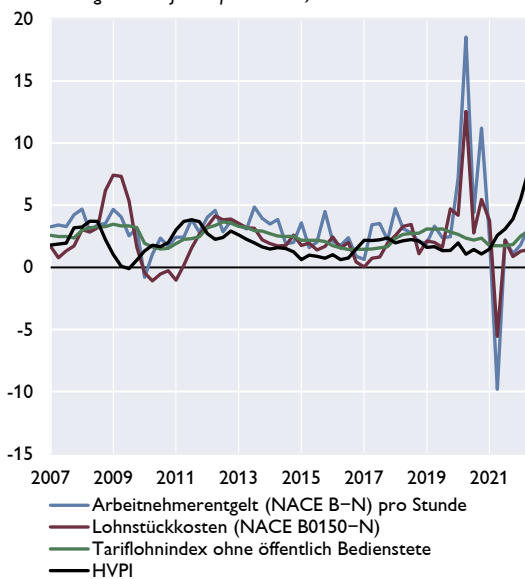
3.4 Leichter Anstieg von Tariflohnindex und Arbeitnehmerentgelten

Grafik A4

Arbeitskostenindikatoren und Profite

Arbeitskostenindikatoren der Privatwirtschaft

Veränderung zum Vorjahresquartal in %; nominell



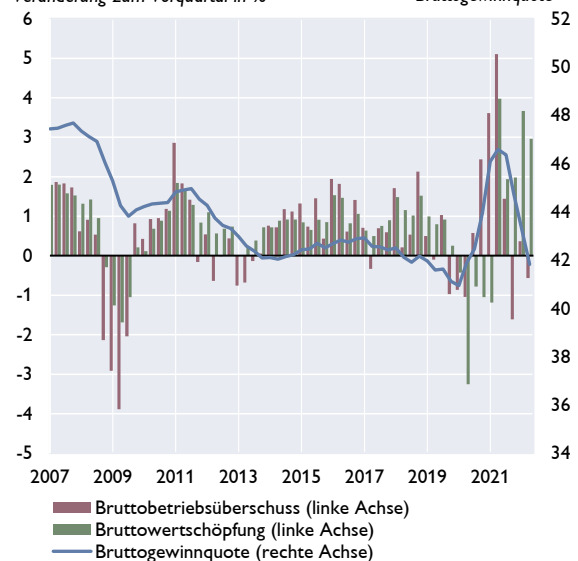
Quelle: Statistik Austria, Eurostat.

¹ Bruttogewinnquote = Bruttobetriebsüberschuss / Bruttowertschöpfung * 100

Profitentwicklung nichtfinanzieller Unternehmen

Veränderung zum Vorquartal in %

Bruttogewinnquote¹



3.5 Kapazitätsauslastung in der Industrie hoch, insbesondere bei langlebigen Konsumgütern

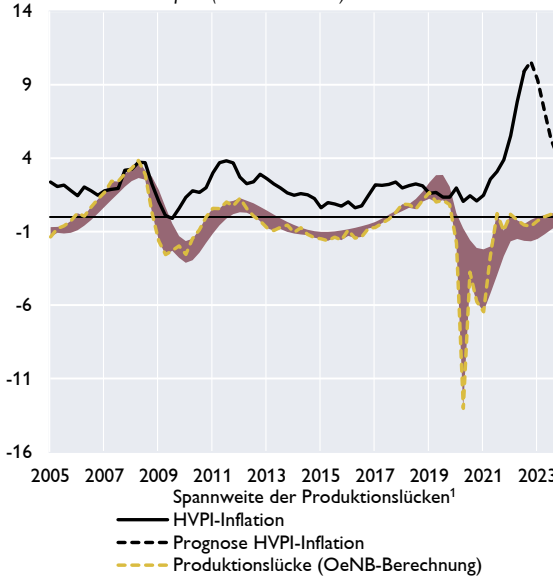
Grafik A5

Indikatoren der Produktionsauslastung

Produktionslücke und Inflation

Veränderung zum Vorjahr in % (HVPI-Inflation)
in % des Potenzial-Outputs (Produktionslücke)

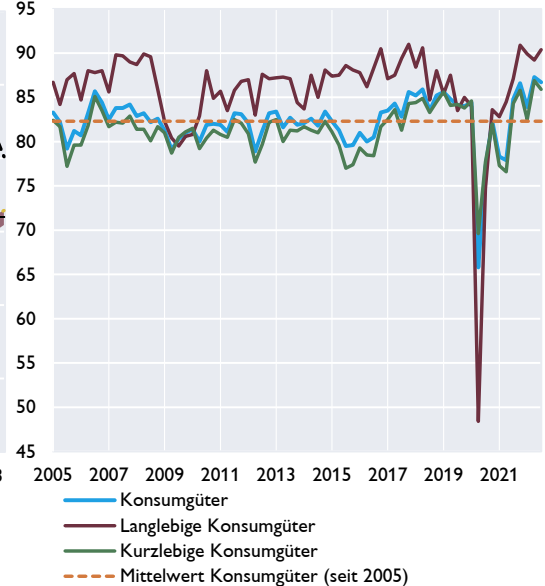
Letzter Wert: Q4 23



Kapazitätsauslastung in der Industrie

Kapazitätsauslastung in %

Letzter Wert: Q3 22



Quelle: OeNB, Eurostat, Statistical Data Warehouse, WIFO-Konjunkturtest.

¹Minimum-Maximum-Bereich der Schätzungen vom IWF, der Europäische Kommission und der OeNB.

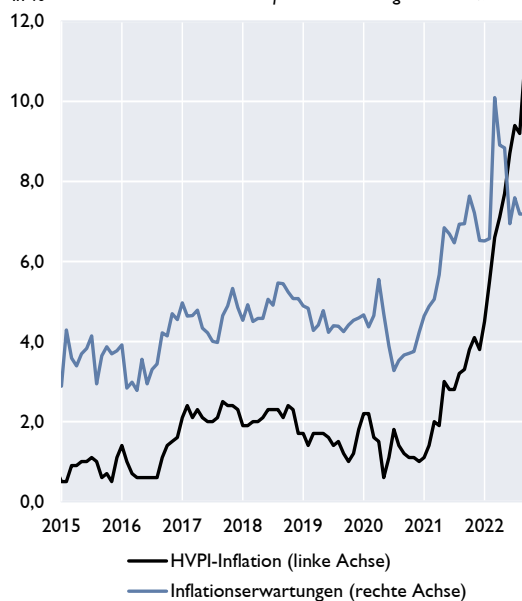
3.6 Kurzfristige Inflationserwartungen der Prognoseinstitute steigen weiter an

Grafik A6

Inflationserwartungen

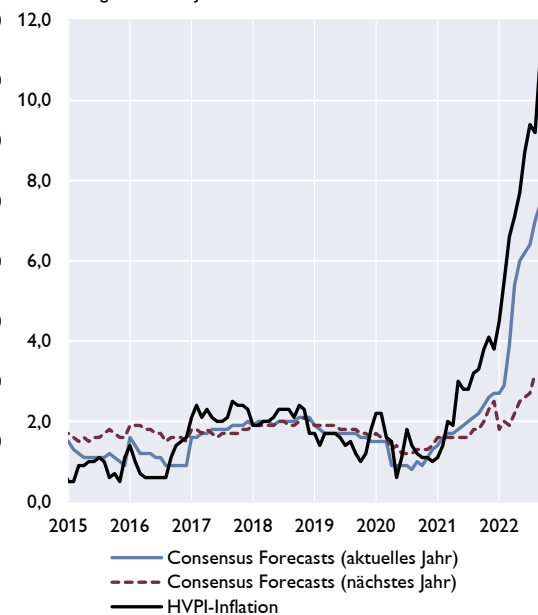
Haushalte – EK Business and Consumer Survey

in % Saldo aus positiven und negativen Antworten



Prognoseinstitute

Veränderungen zum Vorjahr in %



Quelle: Europäische Kommission, Consensus Forecasts, Statistik Austria.